

Nooke will zweite Außenstelle für Stasi-Unterlagen

Brandenburgs Aufarbeitungsbeauftragte lehnt Neubau in Cottbus ab – Interesse an DDR-Unrechtsthemen weiter groß

Von Igor Göldner

Potsdam. Wohin kommt das künftige zentrale Stasi-Archiv in Brandenburg – nach Cottbus oder Frankfurt (Oder)? Darüber ist ein erbitterter Streit entbrannt. Die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes, Maria Nooke, hat gestern bei der Vorstellung ihres Tätigkeitsberichts ihren Vorschlag präsentiert.

Danach soll die bisherige Außenstelle in Frankfurt (Oder), wo sich bereits das Archiv befindet, ausgebaut werden. Zusätzlich soll in Cottbus auf dem Gelände der Gefängnis-Gedenkstätte eine weitere Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde entstehen – mit Schwerpunkten Beratung und Information.

Da die Stasi-Akten in das Bundesarchiv überführt werden, soll

es pro Ost-Land nur noch einen Archivstandort geben. Im Gespräch ist für Brandenburg allerdings ein moderner Neubau für ein solches Archiv in Cottbus mit der Folge, dass Frankfurt (Oder) möglicherweise schließen soll. Begründet wird das auch mit der Nähe zu Berlin, wohin bereits 2009 die Akten aus der geschlossenen Außenstelle Potsdam gegangen sind. Der Bundestag will das Standort-Konzept noch dieses Jahr beschließen.

Gegen diese Pläne des Bundesbeauftragten Roland Jahn ist Maria Nooke entschieden. Andere Länder hätten auch zwei oder drei Außenstellen. Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, sprach von einer „strukturellen Unterversorgung“ Brandenburgs. Es gebe keinen Grund

für einen Jahre dauernden Neubau für 20 Millionen Euro in Cottbus, meinte Nooke. Auch würden Brandenburger nicht zur Beratung nach Berlin fahren.

Bisher hat sich die Koalition in Brandenburg noch nicht festge-

legt, wohin das Archiv gehen soll. Das Interesse an der Aufarbeitung von DDR-Unrecht sei in Brandenburg weiter groß, sagte Nooke. Es hätten in den vergangenen zwei Jahren mehr als 800 Bürger erstmals den Kontakt zu

ihrer Behörde gesucht. Insgesamt habe es mehr als 6000 Kontakte zu Ratsuchenden gegeben, noch etwas mehr als im vorigen Berichtszeitraum.

Der vom Land aufgelegte Härtefallfonds für politisch Verfolgte in DDR-Zeiten konnte in den vergangenen zwei Jahren nur zur Hälfte ausgeschöpft werden. Der Fonds in Höhe von jährlich 50 000 Euro soll Betroffenen helfen, die sich in schwierigen Lebenslagen befinden und wo gesetzliche Regelungen nicht greifen. Es gebe Probleme im Umgang mit dem Fonds, räumte Nooke ein. Die Mittel seien an zeitliche Fristen im Haushaltsjahr gebunden. So konnte in einem Fall der behindertengerechte Umbau eines Bades in der Wohnung eines Antragstellers nicht mehr in der geplanten Zeit realisiert werden.



Maria Nooke, Aufarbeitungsbeauftragte für DDR-Unrecht. FOTO: STÄHLE

Interesse an Stasi-Akten ungebrochen

Potsdam. Auch drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall ist das Interesse der Brandenburger an der Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach Einschätzung der Landesbeauftragten Maria Nooke ungebrochen. In den vergangenen zwei Jahren hätten mehr als 800 Bürger erstmals den Kontakt zu ihrer Behörde gesucht. Insgesamt habe es mehr als 6000 Kontakte zu Ratsuchenden gegeben, noch etwas mehr als im vorigen Berichtszeitraum. **Seite 7**